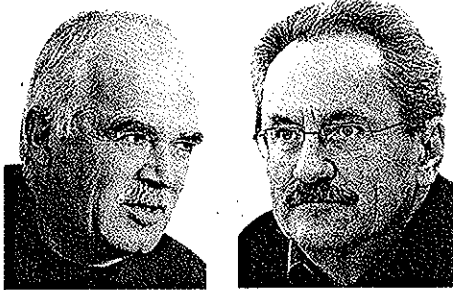


DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Bürgschaft für ein unkalkulierbares Abenteuer

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

Lieber Christian,

hast du in Deiner Zeit am Oskar-von-Miller-Gymnasium auch das Gedicht „Die Bürgschaft“ von Friedrich Schiller auswendig lernen müssen? Wo ein gewisser Damon mit Löwenmut gegen widrige Umstände und verrinnende Stunden kämpft, weil er verhindern muss, dass der Freund, der für ihn bürgt, an seiner Stelle hingerichtet wird: „Zurück! Du rettetest den Freund nicht mehr, / so rette das eigene Leben!“

Die Sache geht trotzdem gut aus und diese Rettung in letzter Sekunde wird von einem wunderbaren heroischen Pathos getragen, das alles wieder gutmachen soll. („In den Armen liegen sich beide / und weinen vor Schmerzen und Freude.“) So hätte es der Deutsche Bundestag auch gern! Wenn man das Gedicht genau liest, steckt hinter der Geschichte ein ziemlich leichtsinniges Unternehmen, bei dem ein Attentäter – der den Tyrannen Dionysios umbringen will und folglich zu den Guten gehört – das Leben des eigenen Freundes aufs Spiel setzt, um an der Hochzeit seiner Schwester teilnehmen zu können.

Was bei der Bürgschaft für die angebliche „Euro-Rettung“ – über die wir in Berlin morgen abstimmen werden – auf dem Spiel steht, ist der Wert unseres Geldes.

Dieses wurde Sonntag vor acht Tagen einer verkappten Währungsreform unterzogen. Mit einem Euro-„Rettungspakt“, der die im Vertrag von Maastricht beschlossene Konzeption – der Euro muss so stabil sein wie die D-Mark – in ihr Gegenteil verkehrt. Nach dieser Konzeption hätte sich kein Land von seinen Schulden via EU-Kasse heraushauen lassen dürfen (sog. Bail-out-Verbot). Jetzt wird ein 750-Milliarden-Euro-Kredit-Sicherungspaket von der EU genau zu diesem Zweck aufgelegt. Mit einer Bürgschaft von 147 Milliarden Euro aus der deutschen Staatskasse zur weiteren Kreditsicherung (das ist über die Hälfte des Bundeshaushaltes 2009).

Am Mittwoch nach dem schwarzen Brüsseler Sonntag wurde ein weiterer Stabilitätsanker geschleift: In einer Telefonkonferenz der 16 Notenbankgouverneure der „Europäischen Zentralbank (EZB) wurden die beiden Deutschen im obersten Füh-

rungsgremium dieser Notenbank überstimmt. Es wurde beschlossen, ab sofort schwächeren Euroländern durch den Ankauf ihrer (immer wertloseren) Staatsanleihen durch die EZB neues Geld in die leeren Staatskassen zu spülen. Damit unterwirft sich die EZB den politischen Wünschen dieser Länder (und aller, die bald in ähnlicher Lage sein werden), obwohl ausdrücklich vereinbart ist, dass die Europäische Zentralbank niemals staatliche Defizite mit der Notenpresse finanzieren darf (weil dann die Sparguthaben, Löhne, Gehälter und Renten aller anderen immer weniger wert werden).

Ich kann gar nicht so schnell schreiben, wie mir die EU hochkommt! Was da jetzt gedreht wird, ist ein riesen Umverteilungsrad, bei dem die Deutschen fürchterlich gerupft werden. Du hast sicher noch die schöne Prophezeiung aus der ersten Maastricht-Debatte im Ohr, als der Figaro, die älteste Zeitung Frankreichs, schrieb: „Maastricht ist wie Versailles ohne Krieg: die Deutschen müssen zahlen.“

Die Lage in Berlin ist wie immer: Union und SPD streiten wie Tom und Jerry, obwohl inhaltliche Unterschiede bei unseren Volksparteien ja nur noch auf dem Millimeterpapier zu sehen sind. Schnell, devot und superbrav bürgen bzw. zahlen wollen beide die exorbitanten Milliardenbeträge.

Das wäre „alternativlos“, sagen sie, weil sonst die EU gefährdet sei. „Alternativlos“ klingt irgendwie demokratiewidrig, weil zur Demokratie das Aufzeigen von Alternativen gehört und man bei Alternativlosigkeit fragen müsste, wer uns in diese Lage gebracht hat. Trotzdem ist an dieser gedanklichen Einbahnstraße etwas dran. Die politische Klasse muss eine Debatte darüber verhindern, dass diese Euro-Währung

nur bei Schönwetter taugt.

Es gibt aktuell in der neuen Ausgabe des „Spiegel“ ein sehr hübsches Essay des niederländischen Autors Leon De Winter für die Abschaffung des Euro: „Zurück zur EWG“. De Winter wehrt sich dagegen, dass man die Pflege freundschaftlicher Verhältnisse in der europäischen Völkerfamilie durch die Schaffung einer Einheitsregierung über den ganzen Erdteil zu pervertieren versucht: „Das erste Land, das auf diese Weise einen Großteil seiner Autonomie an Brüssel überträgt, ist Griechenland. Griechenland wird zum ersten echten Brüsseler Protektorat, ein altes Kulturvolk mit eigenen Traditionen und Lebensweisen wird dann von supranationalen Technokraten verwaltet.“ Und er fragt, „ob die EWG ohne Euro nicht eine weit bessere Alternative für Frieden und Wohlstand in Europa wäre als die unter dem Euro stöhnende EU.“

Besser kann man die Frage, um die es demnächst gehen wird, nicht ausdrücken.

Herzlichst

Dein Peter Gauweiler